

# HÄNDE WEG VOM WEIHNACHTSGELD!!



Liebe Kollegin, lieber Kollege,

die Hamburger Bürgerschaft hat am 26. Oktober 2011 mit den Stimmen der SPD-Mehrheit beschlossen, den Beamtinnen und Beamten das Weihnachtsgeld massiv zu kürzen bzw. ganz zu streichen.

Die Proteste der GEW, der übrigen Gewerkschaften im DGB, des deutschen Beamtenbundes und des Bundes der Kriminalbeamten haben die Bürgerschaftsabgeordneten nicht davon abbringen können.

Seit dem Sommer 2010 haben wir gemeinsam gegen diesen Einkommensraub argumentiert, demonstriert, protestiert und gestreikt. Mehrmals waren viele Tausend Betroffene im öffentlichen Protest auf Hamburgs Straßen, die GEW hat im Wahlkampf die Parteien aufgesucht, wiederholt haben wir alle Bürgerschaftsabgeordneten angeschrieben und wir haben im März 2011 einen Beamtenstreik organisiert.

Dennoch haben alle Abgeordneten der SPD – mit Ausnahme von Wolfgang Rose, der an der Abstimmung nicht teilgenommen hat- für die Einkommenskürzungen gestimmt- auch zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder.

Als kaum zu überbietenden Affront haben viele Kolleginnen und Kollegen es empfunden, dass gerade während unserer Protestdemonstration um die Bannmeile des Rathauses am 26. Oktober, an der mehr als 6.000 Betroffene teilgenommen haben, die Abgeordneten der Regierungsmehrheit im Schutze der Bannmeile diesen Einkommensraub beschlossen haben, obwohl es möglich gewesen wäre, die endgültige Entscheidung in 2. Lesung um einige Wochen zu verschieben.

*"Rechnet im Rathaus nicht damit, dass wir nun wieder zur Tagesordnung übergehen! Denn es geht nicht nur um die Einkommen von Beamten, sondern es geht um den Stellenwert des öffentlichen Dienstes. Wenn die Regierung hier immer weiter kürzt, Personal abbaut und die Stellschrauben enger dreht, dann wird sich das zwangsläufig auf die öffentlichen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger niederschlagen. Mit ihrer Entscheidung gestern haben die Abgeordneten der SPD der Freien und Hansestadt Hamburg und ihren Bürgerinnen und Bürgern geschadet,"* so Klaus Bullan auf der Abschlusskundgebung am 26.10.

## Was hat der Kampf gebracht?

Massive Einkommenskürzungen konnten nicht verhindert werden, das gilt besonders für die RuheständlerInnen.

Die Übernahme der Tariferhöhungen konnten nur zum Teil für die BeamtInnen erreicht werden aber es gibt die schriftliche Zusage des 1. Bürgermeisters, in Zukunft alle Tarifergebnisse 1:1 auf die Beamten zu übertragen.

**Die Sonderzahlung (Weihnachtsgeld)** (bisher 60 bzw. 66% eines Monatseinkommens) wird auf 1.000 € (+ 300 € für jedes berücksichtigungsfähige Kind) (Teilzeitbeschäftigte anteilig) reduziert und ab 2012 mit der monatlichen Besoldung ausgezahlt.

Dies gilt (entgegen anderslautenden berichten im Hamburger Abendblatt) für **alle** aktiven BeamtInnen außer für die B-Besoldung.

**Besoldung** ab 1.4. 2011 wird rückwirkend um monatlich 1,5% , ab 1.1.2012 um monatlich 1,9% erhöht.

### ***Das bedeutet 2011:***

für alle BeamtInnen im aktiven Dienst:

1.000 € Einmalzahlung mit dem Dezembergehalt plus

300 € für jedes berücksichtigungsfähige Kind

(Teilzeitbeschäftigte anteilig)

300 € für Referendarinnen und Referendare

+ 300 € für jedes berücksichtigungsfähige Kind

für alle VersorgungsempfängerInnen:

bis A12 500 €

ab A13 0 €

+ 300 € für jedes berücksichtigungsfähige Kind

sowie 13,5% Besoldungserhöhung einmalig mit dem Dezembergehalt (1,5% mal 9 Monate)

### ***2012:***

Für alle BeamtInnen im aktiven Dienst:

monatlich 83,34 € , Einbau in die Grundgehälter

300 € für jedes berücksichtigungsfähige Kind auch für Pensionäre

monatlich 25 € für Referendarinnen und Referendare

sowie 1,9% Besoldungserhöhung ab 1. Januar 2012

### **Wie geht es nun weiter?**

- Gemeinsam mit dem DGB wird geprüft, ob rechtliche Schritte gegen die einseitige Kürzung/Streichung des Weihnachtsgeldes für BeamtInnen eingeleitet werden, weil sie gegen das Alimentationsprinzip des Dienstherren verstoßen.
- Am 9. November um 15.30 Uhr auf dem Gänsemarkt geht es weiter. Wir demonstrieren gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaften gegen den Personalabbau im öffentlichen Dienst.
- Die Zusage des Bürgermeisters, zukünftige Tarifergebnisse für Beamte voll zu übernehmen, wird die BeamtInnen dazu bringen, in der nächsten Tarifrunde (2013) massiv für ihre eigenen Interessen aktiv einzutreten. Der gemeinsame Kampf zwischen Angestellten und BeamtInnen wird so gestärkt werden.

Der Bürgerschaftsbeschluss hat den „Schulfrieden“ in Hamburg nachhaltig zerstört. Angesichts weitreichender Reformvorhaben an Hamburgs Schulen, angesichts massiv gestiegener Belastungen für alle Kolleginnen und Kollegen seit Jahren und angesichts des „Danks“ dafür in Form von Einkommenskürzungen werden die Motivation der KollegInnen und die Qualität von Schule durch unseren Dienstherrn in unverantwortlicher Weise in Frage gestellt. Wir werden gemeinsam den Widerstand gegen Arbeitsbelastungen, Einkommensraub und Personalabbau im öffentlichen Dienst ausweiten.

Die Protestaktionen des zurückliegenden Jahres haben gezeigt, dass wir etwas erreichen können, wenn wir in großer Zahl gemeinsam auftreten!

Diskutiert in euren Bildungseinrichtungen, wie wir uns noch besser wehren können!